



Wählen gehen!

Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 27. September sind wir alle, die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland, aufgefordert einen neuen Bundestag zu wählen. Die Entscheidung darüber, welche Partei wie stark in das Parlament einzieht, entscheidet letztlich auch darüber, wie die nächste Bundesregierung aussieht.

Viele Beschäftigte sind von der Politik tief enttäuscht – hat doch Politik in den vergangenen Jahren wenig zur Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beigetragen.

Im Gegenteil: Die Kluft zwischen Arm und Reich ist gewachsen, sichere Arbeitsplätze kommen unter Druck durch Leiharbeit und Befristungen, Bildung wird für viele Kinder wieder eine Frage des Geldbeutels der Eltern. In der Sozialpolitik hat man sich von der paritätischen Finanzierung verabschiedet und die Lasten einseitig auf die Beschäftigten verteilt. Die Rente mit 67 führt zu massiven Rentenabschlägen und drohender Altersarmut.

Es gibt also gute Gründe vieles zu kritisieren und anzuklagen. Aber Wahlenthaltung ist die falsche Antwort. Denn auch wer nicht wählt, wird regiert!

In der kommenden Legislaturperiode sind die Folgen der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit über 80 Jahren zu bewältigen. Und gerade in diesen Tagen bewährt sich unser Sozialsystem. Etwa das Kurzarbeitergeld: Ohne dieses Instrument, das auf Drängen der



IG Metall von 12 auf 24 Monate ausgeweitet wurde, hätte die Krise schon heute Massenentlassungen mit sich gebracht. Ohne Kündigungsschutz, für dessen Einschränkung die FDP bereits kräftig die Messer wetzt, wäre es in vielen Fällen statt zu Kurzarbeit zu Entlassungen gekommen.

Das zeigt: Politik kann und muss einen Beitrag leisten, damit die Lasten der Krise gerechter verteilt und ein wirksamer „Schutzschirm“ für die Beschäftigten gespannt wird.

„Macht endlich wieder Politik für die Mehrheit der Menschen!“ lautet die Forderung. Doch damit sich etwas ändert, kommt es bei der Bundestagswahl am 27. September auf jede Stimme an. Alle Wahlberechtigten bestimmen mit, welche Richtung die Politik der künftigen Bundesregierung nimmt.

**Wir haben die Wahl - am 27. September zählt jede Stimme!
Deshalb: Wählen gehen!**



GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN





Sicherheit im Alter

Wer im Alter auf ein Arbeitsleben zurückblickt, sollte nicht von Armut bedroht sein. Wer mit Arbeitsbedingungen zu kämpfen hat, die ein Arbeiten bis zum gesetzlichen Renteneintritt unmöglich machen, dem sollten flexible Ausstiegsmodelle zur Verfügung stehen. Deshalb:

- Stopp der Rente mit 67
- Fortsetzung der gesetzlich geförderten Altersteilzeit
- Flexibler Rentenzugang ab 60 und abschlagsfreie Rente nach 40 Versicherungsjahren

Gerechtigkeit in der Gesellschaft

Die Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können und alle sollen gleichen Chancen auf Bildung und Ausbildung haben. Zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme müssen alle beitragen. Deshalb:

- Gesetzliche Mindestlöhne einführen
- Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen
- Anspruch auf betriebliche Ausbildung und Übernahme
- Umbau der Kranken- und Pflegeversicherung zur solidarischen Bürgerversicherung



Sozial statt neoliberal

Gier und unregulierte Finanzmärkte haben uns in eine gewaltige Wirtschaftskrise geführt. Gleichzeitig hat die neoliberale Umverteilung von unten nach oben die Schere zwischen Arm und Reich vergrößert. Arbeitnehmer werden geschöpft, die Arbeitgeber entlastet. Die Auswirkungen der Krise machen deutlich: Wir müssen umsteuern! Deshalb:

- Finanzmärkte regulieren, Finanztransaktionen besteuern
- Große Vermögen zur Finanzierung von Krisenfolgen heranziehen
- Mitbestimmung und Teilhabe der Arbeitnehmer ausbauen
- Verlängerter Bezug von Arbeitslosengeld und Erhöhung von Hartz IV um ein existenzgesichertes Leben zu ermöglichen

Arbeit: sicher und fair

Zu guter Arbeit gehört faire Entlohnung. Gute Arbeit muss aber auch sicher sein. Deshalb:

- Am Kündigungsschutz darf nicht gerüttelt werden
- Wirksame Beschäftigungssicherung (u.a. Kurzarbeit) fortführen und staatlich unterstützen
- Transfer-Kurzarbeitergeld verlängern
- Gleiches Geld für gleiche Arbeit - auch bei Leiharbeit
- Prekäre Beschäftigung eindämmen (Leiharbeit, Befristungen, Praktikas, Mini-Jobs, 1-Euro-Jobs)



Wählen gehen!

Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit!